

Handbuch zum Migrationsrecht

Marc Spescha

Peter Bolzli

Fanny de Weck

Valerio Priuli

4., vollständig überarbeitete Auflage 2020

orell füssli Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	23
Lesehinweise	29
Einleitung	31
I Schweiz: Vom Auswanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft	37
1 Ursprünge der «humanitären Tradition» der Schweiz	37
2 Auswanderungsland bis Ende der 1880er-Jahre	41
3 Wachsende Überfremdungsängste zu Beginn des 20. Jahrhunderts	43
4 Die Praxis der Überfremdungsabwehr nach dem Ersten und während des Zweiten Weltkrieges	46
5 Das Ausländergesetz im Dienste arbeitsmarktlicher Interessen	50
5.1 Arbeitsimmigration im Schatten des Überfremdungsdiskurses	50
5.2 Schwarzenbach-Initiative, bundesrätliche Begrenzungs politik und Export von Arbeitslosigkeit	53
5.3 Arbeitsimmigration im Spiegel der Konjunktorentwicklung und der Boom-Jahre 1985–1991	56
6 Immigration durch Familiennachzug und als Asylmigration in den 1990er- Jahren.....	57
7 Dauerbrenner Asylpolitik, freier Personenverkehr in Europa und (neues) Ausländer- und Integrationsgesetz.....	58
8 Die «neue» Fremdenangst erfolgreich mobilisiert – und vom Gesetzgeber rechtsstaatlich domestiziert.....	64
8.1 Die Zäsur vom 9. Februar 2014.....	64
8.2 FZA-kompatible Umsetzung des Verfassungsartikels mittels inländischen Arbeitslosenvorrangs light	65
9 Neue Hürden auf dem Weg zum Bürgerrecht; vom AuG zum AIG.....	70
9.1 Niederlassungsbewilligung als Einbürgerungsvoraussetzung	70
9.2 Das Ausländergesetz (AuG) wird zum Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG)	71
10 Bekenntnisse des Souveräns zur Schweiz als Rechtsstaat und Mitglied der Europäischen Rechtsgemeinschaft – Absage an «Durchsetzungsinitiative» und «Selbstbestimmungsinitiative»	72

11	Europäische Grenzschutzpolitik, Europas 9/11 und Abschottungssystem gegen unerwünschte «Bootsflüchtlinge»	77
11.1	Von der «menschenrechtlichen Einhegung der Europäischen Grenzkontrolle»	78
11.2	... zum 9/11 der europäischen Flüchtlingspolitik.....	79
11.3	Diktatoren als Türsteher Europas?.....	82
11.4	Legale Zugangswege nach Europa im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik?	86
II	Dimensionen und Facetten der «neuen Einwanderung»	93
1	Vorrangige ökonomische Interessen und Familiennachzug	93
2	Mehr als zwei Drittel der «Ausländer» in der Schweiz stammen aus EU-/EFTA-Staaten	98
3	Migrationspolitik zwischen Populismus, Realitätsverleugnung und Pragmatismus	99
III	EU-/EFTA-Staaten/Drittstaaten: Duales System, Rechtsquellen und der Unterschied zwischen Rechtsanspruch und Ermessen	103
1	Das FZA als Rechtsgrundlage der Personenfreizügigkeit für EU-/EFTA-Bürger und deren Familienangehörige	103
1.1	Die Staatsangehörigen der «alten» EU-Mitgliedsländer und die Staatsangehörigen der EFTA-Länder	103
1.2	EU-8-Staaten, Zypern und Malta und Fortführung des Abkommens mit Rumänien und Bulgarien	105
2	Das Ausländergesetz (AIG) als «Bollwerk» gegen Einwanderungswillige aus sog. Drittstaaten und im Dienste von Völkerrecht, Humanität und Familienleben.....	107
2.1	Arbeitsimmigration als Eliteimmigration.....	107
2.2	Familiennachzug, völkerrechtliche Verpflichtungen und humanitäre Gründe	108
2.3	Instrumentarium gegen Missbrauch und zur Entledigung «unerwünschter» Ausländer.....	108
2.4	Zahlreiche Verordnungen zum AIG und ergänzende Gesetze	108
3	Niederlassungsvereinbarungen als staatsvertragliches Sonderrecht	110
4	Multilaterale Abkommen und völkerrechtliche Normen mit Bedeutung für das Migrationsrecht	111
4.1	Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	111
4.2	UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK)	115
4.3	UN-Pakt II über die bürgerlichen und politischen Rechte	117
5	Schutz durch die Bundesverfassung?	117
6	Die Unterscheidung zwischen Rechtsanspruch und Ermessen	118

IV	Einreisevoraussetzungen und Visumpflicht	123
1	Rechtsgrundlagen.....	123
2	Voraussetzungen für den Grenzübertritt in die Schweiz.....	127
2.1	Was gilt als gültiges und anerkanntes Reisedokument?	128
2.2	Wer braucht ein Visum, und zu welchen Zwecken wird es ausgestellt?	128
2.2.1	Einreise ohne Visum	128
2.2.2	Einreise für Kurzaufenthalte bis zu drei Monaten (Schengen-Visum oder Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit).....	130
2.2.3	Einreise für längerfristige Aufenthalte (nationales Visum)	130
2.2.4	Der Aufenthaltzweck muss belegt werden	131
2.2.5	Besonderheiten bei bewilligungspflichtigen Aufenthalten.....	131
2.3	Wann ist die Voraussetzung genügender finanzieller Mittel erfüllt? Muss ich eine Reisekrankenversicherung abschliessen?.....	132
2.3.1	Nachweis finanzieller Mittel durch die gesuchstellende Person	132
2.3.2	Nachweis finanzieller Mittel durch andere Personen (Verpflichtungserklärung)	132
2.3.3	Reisekrankenversicherung	133
2.4	Wer stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die internationalen Beziehungen der Schweiz dar?	134
2.6	Was bedeutet die Voraussetzung der gesicherten Wiederausreise?	136
2.7	Wie berechnet sich die zulässige Aufenthaltsdauer von 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen?.....	141
3	Das Verfahren der Visumerteilung	143
3.1	Visum für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten (Schengen-Visum oder Visum mit beschränkter räumlicher Gültigkeit)	144
3.2	Visum für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten und bewilligungspflichtige Aufenthalte (nationales Visum)	147
3.3	Wie kann gegen eine Abweisung des Visumgesuchs vorgegangen werden?	148
4	Verlängerung eines Visums	150
5	Rückreisevisum	150
6	Meldepflichten nach der Einreise	151
6.1	Meldepflicht für Aufenthalte ohne Erwerbstätigkeit	151
6.2	Meldepflicht für Aufenthalte mit Erwerbstätigkeit	152
6.3	Weitere Meldepflichten	152
7	Änderung des Aufenthaltzweckes nach der Einreise.....	152
V	Anwesenheitsregelung, Bewilligungsarten und deren Umwandlung	155
1	Die Regelung der Anwesenheit.....	155
1.1	Die Bewilligungspflicht	155

1.2	Das Bewilligungsgesuch.....	156
1.3	Die Bewilligungserteilung und der entsprechende Ausländerausweis.....	157
1.4	Geltungsbereich der Bewilligung	158
2	Die Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis).....	158
2.1	Das «B»: Die befristete und zweckgebundene Bewilligung	158
2.1.1	Dauer und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung	158
2.1.2.	Das Verhältnis von Aufenthalt und Aufenthaltzweck.....	160
2.2	B-Ausweis EU/EFTA.....	162
2.2.1	Voraussetzungen.....	162
2.2.2	Dauer und Verlängerung	163
2.2.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	163
2.3	B-Ausweis für Drittstaatsangehörige	164
2.3.1	Voraussetzungen.....	164
2.3.2	Dauer und Verlängerung	166
2.3.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	166
3	Die Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis)	167
3.1	Das «C»: Die Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass	167
3.2	C-Ausweis EU/EFTA	168
3.2.1	Voraussetzungen.....	168
3.2.2	Geografische und berufliche Mobilität.....	169
3.3	C-Ausweis für Drittstaatsangehörige.....	169
3.3.1	Voraussetzungen.....	169
3.3.2	Geografische und berufliche Mobilität.....	173
4	Die Kurzaufenthaltsbewilligung (L-Ausweis).....	174
4.1	L-Ausweis EU/EFTA	174
4.1.1	Voraussetzungen.....	174
4.1.2	Dauer und Verlängerung	174
4.1.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	174
4.2	L-Ausweis für Drittstaatsangehörige	175
4.2.1	Voraussetzungen.....	175
4.2.2	Dauer und Verlängerung	175
4.2.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	175
5	Die Grenzgänerbewilligung (G-Ausweis).....	176
5.1	G-Ausweis EU/EFTA	176
5.2	G-Ausweis für Drittstaatsangehörige	176
6	Der Status von vorläufig aufgenommenen Personen (F-Ausweis)	177
6.1	Voraussetzungen	177
6.2	Dauer und Verlängerung	177

6.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	178
7	Der Status von Schutzbedürftigen (S-Ausweis).....	179
8	Der Status von Asylsuchenden (N-Ausweis).....	179
9	Die migrationsrechtlichen Ausweise im Überblick	180
VI	Die Einwanderung zwecks Erwerbstätigkeit (Arbeitsimmigration)	183
1	Duales Zulassungssystem	183
2	Erwerbstätige aus EU- und EFTA-Staaten	183
2.1	Personenfreizügigkeit: Bedeutung	183
2.1.1	Stellensuchende	184
2.1.2	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	186
2.1.3	Selbstständigerwerbende	190
2.1.4	Grenzgängerinnen und Grenzgänger	192
2.1.5	Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer	193
2.2	Schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit	194
2.3	Bewilligungs- und Anmeldeverfahren	196
2.4	Exkurs: Flankierende Massnahmen	197
3	Eliteimmigration aus Drittstaaten	199
3.1	Bewilligung zur Erwerbstätigkeit in der Schweiz	199
3.2	Bewilligung zur Aufnahme einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit.....	201
3.3	Bewilligung zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.....	201
3.4	Die einzelnen Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung	202
3.4.1	Tätigkeit im gesamtwirtschaftlichen Interesse	202
3.4.2	Höchstzahlen (Kontingente)	204
3.4.3	Vorrang inländischer Arbeitskräfte und Arbeitskräfte aus dem EU-/EFTA-Raum	206
3.4.4	Einhaltung der Stellenmeldepflicht	213
3.4.5	Lohn- und Arbeitsbedingungen	214
3.4.6	Finanzielle und betriebliche Voraussetzungen bei selbstständiger Erwerbstätigkeit	214
3.4.7	Persönliche Voraussetzungen	215
3.4.8	Bedarfsgerechte Wohnung.....	218
3.5	Grenzgängerinnen und Grenzgänger	218
3.6	Dienstleistungserbringende.....	219
3.7	Zulassung von Betreuungs- und Lehrpersonen.....	219
3.8	Verfahren	220
3.9	Stellen- und Kantonswechsel.....	222
3.10	Abweichungen von den Zulassungsvoraussetzungen (AIG 30).....	222

VII	Bewilligungen für Nichterwerbstätige	227
1	Aufenthaltszweck	227
2	Staatsangehörige der EU/EFTA	227
2.1	Genügend finanzielle Mittel für den Lebensunterhalt.....	228
2.2	Umfassender Krankenversicherungsschutz.....	230
2.3	Besonderheiten für den Aufenthalt zu Aus- und Weiterbildungszwecken ...	230
3	Drittstaatsangehörige	232
3.1	Aufenthalt für eine Aus- und Weiterbildung	232
3.1.1	Anerkannte Schule	232
3.1.2	Genügende finanzielle Mittel.....	233
3.1.3	Persönliche und bildungsmässige Voraussetzungen	233
3.1.4	Dauer der Aus- oder Weiterbildung sowie Alter der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller.....	235
3.1.5	Nebenerwerbstätigkeit	236
3.2.	Sechsmonatiger Aufenthalt zur Stellensuche nach Abschluss einer Aus- oder Weiterbildung an einer Schweizer Hochschule.....	236
3.3	Aufenthalt für Rentnerinnen und Rentner.....	237
3.3.1	Besondere persönliche Beziehungen zur Schweiz	237
3.3.2	Genügend finanzielle Mittel.....	239
3.4	Aufenthalt für medizinische Behandlungen	241
VIII	Familiennachzug	243
1	Familiennachzug durch EU-/EFTA-Bürger: Die massgeblichen Bestimmungen des FZA.....	244
1.1	Allgemeine Voraussetzungen des Nachzugs	244
1.2	Nachzugsberechtigte Personen	246
1.2.1	Ehegatte und Verwandte in absteigender Linie (Bst. a)	246
1.2.2	Verwandte in aufsteigender Linie (Bst. b).....	247
1.2.3	Familienangehörige Studierender (Bst. c)	247
1.2.4	Nachzugsbegünstigte «weitere Familienangehörige»	247
1.2.5	Umgekehrter Familiennachzug: Aufenthaltsrecht eines EU-Kindes und seiner sorgeberechtigten Eltern bzw. seines Elternteils nach FZA Anh.I 24	248
1.3	Die Rechtsstellung nachgezogener Familienangehöriger	249
1.4	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	250
1.4.1	Originäre Anspruchsberechtigung von EU-/EFTA-Bürgerinnen	251
1.4.2	Familienangehörige aus Drittstaaten: Verbleiberecht nach FZA Anh.I 4 oder analoge Anwendung von AIG 50.....	251
1.4.3	Bei getrennt lebenden Eheleuten: Vorbehalt des Rechts- missbrauchs (analoge Anwendung von AIG 51 Abs. 2 Bst. a)	252

1.5	Einschränkung der Freizügigkeitsrechte	253
1.6	Rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von Freizügigkeitsrechten?	253
2	Familiennachzug im Geltungsbereich des AIG.....	254
2.1	Ausländische Familienangehörige von Schweizerinnen	254
2.1.1	Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus Drittstaat	254
2.1.2	Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus EU-/EFTA-Staat	259
2.1.3	Die Rechtsstellung der nachgezogenen Familienangehörigen	263
2.1.4	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	264
2.1.5	Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen	274
2.2	Familienangehörige von niederlassungsberechtigten Personen	288
2.2.1	Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen	288
2.2.2	Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen	290
2.2.3	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	290
2.2.4	Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen	291
2.3	Familienangehörige von Personen mit Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligung	291
2.3.1	Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen	292
2.3.2	Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen	292
2.3.3	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	293
2.4	Familienangehörige von vorläufig aufgenommenen Personen	293
IX	Sans-Papiers und Härtefallbewilligungen	301
1	Die Verlegenheit der Politik im Angesicht der Zahl der Sans-Papiers.....	302
2	Die Härtefallregelung gemäss AIG	304
2.1	Die Anerkennung als «schwerwiegender persönlicher Härtefall»	304
2.2	Die einzelnen Härtefallkriterien	305
2.2.1	Integrationskriterien nach AIG 58a	305
2.2.2	Familiäre Verhältnisse	305
2.2.3	Finanzielle Verhältnisse.....	306
2.2.4	Anwesenheitsdauer in der Schweiz.....	306
2.2.5	Gesundheitszustand	307
2.2.6	Möglichkeiten der Wiedereingliederung im Herkunftsland	307
3	Die Härtefallregelung gemäss Asylgesetz	308
4	Das Verfahren zur Erteilung einer Härtefallbewilligung und die Rolle von Härtefallkommissionen	309
5	Exkurs: Zur Legalisierung von (jugendlichen) Sans-Papiers.....	311

X	Verlust des Anwesenheitsrechts (Erlöschen, Widerruf, Nichtverlängerung der Bewilligung), Wegweisung und Einreiseverbot	315
1	Gründe, die zum Erlöschen der Bewilligungen führen.....	315
1.1	Erlöschen der Bewilligung durch Abmeldung ins Ausland.....	315
1.2	Erlöschen der früheren Bewilligung durch Erteilung einer Bewilligung in einem anderen Kanton.....	316
1.3	Erlöschen der Bewilligung mit Ablauf der Gültigkeitsdauer.....	316
1.4	Erlöschen der Bewilligung mit der Ausweisung nach AIG 68.....	317
1.5	Erlöschen der Bewilligung infolge Landesverweisung.....	318
1.6	Erlöschen nach drei- bzw. sechsmonatigem Auslandsaufenthalt – Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Niederlassungsbewilligung.....	318
1.7	Erlöschen des Aufenthaltsrechts von EU- und EFTA-Staatsangehörigen infolge unfreiwilliger Arbeitslosigkeit.....	319
2	Gründe, die zum Widerruf von Bewilligungen führen können.....	319
2.1	Durch täuschende Angaben oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen erschlichene Bewilligung.....	320
2.2	Der Widerrufsgrund der längerfristigen Freiheitsstrafe.....	321
2.3	Bewilligungsverlust infolge Landesverweisung nach StGB 66a ff. und Härtefallklausel.....	325
2.4	Der Widerrufsgrund erheblicher oder wiederholter Verstösse gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	326
2.5	Der Widerrufsgrund der nicht eingehaltenen Bedingung bzw. nicht eingehaltenen Integrationsvereinbarung ohne entschuldbaren Grund.....	328
2.6	Sozialhilfeabhängigkeit als Widerrufsgrund.....	329
2.7	Nichtigerklärung einer (erschlichenen) Einbürgerung als Widerrufsgrund.....	331
2.8	Voraussetzungen des Widerrufs der Niederlassungsbewilligung und dessen Folgen.....	332
2.8.1	Die Möglichkeit einer Rückstufung der Niederlassungsbewilligung C auf eine Aufenthaltsbewilligung B.....	333
2.9	Voraussetzungen des Rechtsverlusts bei EU-/EFTA-Bürgern.....	334
2.9.1	Rechtsfolgen von Straffälligkeit und Sozialhilfebezug.....	335
2.9.2	Rechtsfolgen von Pensionierung, Invalidisierung oder Todesfall.....	341
3	Nichtverlängerung der Bewilligung anstelle des Widerrufs.....	343
4	Wegweisung als Entfernungsmassnahme.....	343
5	Einreiseverbot als Fernhaltemassnahme.....	344
XI	Integrationspolitik	351
1	Integration durch Schaffung von Chancengleichheit und Schutz vor Diskriminierung.....	352
2	Die Kriterien der Integration gemäss AIG 58a.....	354
2.1	Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.....	354

2.2.	Respektierung der Werte der Bundesverfassung	355
2.3.	Integrationskriterium Sprache	356
2.4.	Integrationskriterium Arbeit oder Erwerb von Bildung	356
3	Integrationsförderung bei Personen mit einem besonderen Integrationsbedarf: Integrationsvereinbarungen oder Integrationsempfehlungen	357
4	Förderung der Integration als staatliche Aufgabe, die etwas kostet	358
5	Integration durch Information – auch der schweizerischen Bevölkerung	359
6	Willkommenskultur und Zugehörigkeit als Schlüsselbegriffe	361
XII	Zwangsmassnahmen	369
1	Prolog: Die Ausreisefrist	369
2	Die «milden» Zwangsmassnahmen	370
2.1	Die Vorladung	370
2.2	Meldepflicht, Kautionspflicht und Schriftensperre	370
2.3	Die kurzfristige Festhaltung	371
2.4	Die Ein- und Ausgrenzung	371
3	Die Administrativhaft	372
3.1	Die verschiedenen Haftarten und Haftgründe	372
3.1.1	Die Vorbereitungshaft (maximal 6 Monate)	372
3.1.2	Die Ausschaffungshaft (maximal 6 Monate inkl. anderer Haftarten, verlängerbar bis 18 Monate inkl. anderer Haftarten)	373
3.1.3	Die Durchsetzungshaft (1 Monat, verlängerbar jeweils um 2 Monate, bis max. 18 Monate inkl. anderer Haftarten)	375
3.2	Der Haftzweck	376
3.2.1	Das Verhältnismässigkeitsgebot	376
3.2.2	Das Beschleunigungsgebot	377
3.3	Die Haftüberprüfung	377
3.3.1	Kontrolle durch Verfahren	377
3.3.2	Bestätigung der Haftanordnung durch den Haftrichter	378
3.3.3	Das Haftentlassungsgesuch	379
3.3.4	Das Haftverlängerungsverfahren	380
3.3.5	Erneute Haftanordnung nach der Entlassung?	381
3.4	Die Haftdauer	381
3.5	Das Haftregime	382
3.5.1	Ausgestaltung des Gefängnisalltags	382
3.5.2	Unterbringung von Kindern, Jugendlichen und Familien	382
3.5.3	Die Unterbringung von psychisch Kranken und Suizidgefährdeten	383

4	Die Ausschaffung	384
4.1	Wegweisungsvollzug mit polizeilicher Gewalt	384
4.2	Das Zwangsanwendungsgesetz	384
XIII	Strafbestimmungen	387
1	Sinn und Zweck der migrationsrechtlichen Strafbestimmungen	387
2	Überblick über die einzelnen Strafbestimmungen	388
2.1	Einreise- und Aufenthaltsdelikte	388
2.1.1	Rechtswidrige Ein- oder Ausreise	388
2.1.2	Erleichterungshandlungen	392
2.1.3	Schleppertatbestand	393
2.2	Schwarzarbeit	393
2.2.1	Begriff der Schwarzarbeit	393
2.2.2	Strafbarkeit von Schwarzarbeitgebern	393
2.2.3	Strafbarkeit von Schwarzarbeitern	394
2.3	Täuschungsdelikte	394
2.3.1	Allgemeine Täuschungshandlungen	394
2.3.2	«Scheinehe»	395
2.4	Missachtung der Ein- oder Ausgrenzung	395
2.5	Weitere Widerhandlungen	396
3	Strafe und Strafmass	396
3.1	Strafart und Strafbefreiungsgründe	396
3.2	Strafmass	397
XIV	Zuständigkeit und Verfahren, praktische Tipps	399
1	Zuständige Behörden	399
1.1	Erteilung und Widerruf von Bewilligungen: Kantonale Migrations- behörde	399
1.2	Sonderfall arbeitsmarktlicher Vorentscheid: Kantonale Arbeits- marktbehörde	400
1.3	Zustimmung des Bundes	401
1.4	Andere Zuständigkeiten	402
2	Verfahren und Verfahrensgrundsätze	403
2.1	Untersuchungsmaxime	403
2.2	Mitwirkungspflicht	403
2.3	Rechtliches Gehör	404
2.3.1	Mitwirkungs- und Äusserungsrecht	404
2.3.2	Recht auf Akteneinsicht	406
3	Entscheid und Rechtsmittel	407
3.1	Entscheidbegründung und -eröffnung	407

3.2.	Rechtsmittel.....	408
3.2.1	Kantonale Entscheide	408
3.2.2	Entscheide des SEM.....	409
3.3	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde.....	410
3.4	Kosten	411
4	Wiedererwägung und Revision	411
5	Anwaltliche Vertretung, unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverteidigung.....	413
6	Praktische Tipps	414
7	Schema: Verfahrenswege	416
XV	Asylrecht	417
1	Der Flüchtling	417
1.1	Der Flüchtlingsbegriff	417
1.1.1	Die Bedeutung des Flüchtlingsbegriffs	417
1.1.2	Die Merkmale des Flüchtlingsbegriffs	417
1.1.3	Der Flüchtlingsbegriff in einem Satz	420
1.2	Das Rückschiebungsverbot	421
1.2.1	Das flüchtlingsrechtliche Rückschiebungsverbot	421
1.2.2	Das menschenrechtliche Rückschiebungsverbot.....	421
2	Die Asylgewährung.....	422
2.1	Regelfall: Asyl für den anerkannten Flüchtling	422
2.2	Der Asylausschluss	422
2.2.1	Der «asylunwürdige» Flüchtling.....	422
2.2.2	«Subjektive Nachfluchtgründe» sind Asylausschlussgründe	423
3	Die vorläufige Aufnahme.....	424
3.1	Der Schutz von Weggewiesenen	424
3.2	Gründe für den undurchführbaren Wegweisungsvollzug.....	425
3.2.1	Die Unzulässigkeitsgründe	425
3.2.2	Die Unzumutbarkeitsgründe.....	426
3.2.3	Die Unmöglichkeitgründe	428
3.2.4	Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme?.....	428
4	Der Verfahrensablauf.....	429
4.1	Das Asylgesuch.....	429
4.1.1	Wie und wo wird ein Asylgesuch gestellt?.....	429
4.1.2	Im Bundesasylzentrum.....	430
4.2	Die Verfahrensrechte und -pflichten	432
4.2.1	Das Recht auf Rechtsberatung und Rechtsvertretung	432
4.2.2	Der Anspruch auf rechtliches Gehör	434

4.2.3	Der Untersuchungsgrundsatz	436
4.2.4	Die Mitwirkungspflicht	436
4.2.5	Das Glaubhaftmachen	437
4.3	Das Dublin-Verfahren	438
4.3.1	Das Dublin-System	438
4.3.2	Die Dublin-Zuständigkeitskriterien	439
4.3.3	Der Dublin-Verfahrensablauf	441
4.4	Das nationale Verfahren	442
4.4.1	Das beschleunigte Verfahren	442
4.4.2	Das erweiterte Verfahren	444
5	Der Entscheid und das Rechtsmittel	445
5.1	Der Nichteintretensentscheid	445
5.2	Der materielle Entscheid	446
5.3	Das Rechtsmittelverfahren	447
6	Das Wiedererwägungs- und Revisionsverfahren	449
6.1	Nachträgliche Veränderung der Sachlage	449
6.2	Neu entdeckte Tatsachen oder Beweismittel	450
7	Die Rechtsstellung der Personen aus dem Asylbereich	451
7.1	Asylsuchende (Ausweis N)	451
7.1.1	Anwesenheitsrecht	451
7.1.2	Recht auf Erwerbstätigkeit	451
7.1.3	Mobilitätsrechte	451
7.1.4	Recht auf Familiennachzug	452
7.2	Flüchtlinge mit Asyl (Ausweis B oder C)	452
7.2.1	Anwesenheitsrecht	452
7.2.2	Recht auf Erwerbstätigkeit	453
7.2.3	Mobilitätsrechte	453
7.2.4	Recht auf Familiennachzug	453
7.3	Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Ausländer (Ausweis F)	454
7.4	Abgewiesene Asylsuchende	454
XVI	Wege zum Schweizer Bürgerrecht	457
1	Das Schweizer Bürgerrecht	457
1.1	Gesetzliche Grundlagen – Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes	457
1.2	Rechte und Pflichten	458
1.3	Doppelbürgerrecht	458
2	Schweizer Bürgerrecht von Gesetzes wegen	458

3	Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung	459
3.1	Ordentliche Einbürgerung.....	459
3.1.1	Einbürgerungsbewilligung durch den Bund	459
3.1.2	Einbürgerungsvoraussetzungen der Kantone und Gemeinden.....	467
3.1.3	Einbürgerung von minderjährigen Kindern	470
3.1.4	Verfahren und Gebühren	470
3.1.5	Begründung der Einbürgerungsentscheide und andere Verfahrensgarantien und Grundsätze	471
3.1.6	Diskriminierungsverbot (BV 8 Abs. 2, BÜG 12 Abs. 2).....	474
3.1.7	Schutz der Privatsphäre (BÜG 17).....	476
3.2	Erleichterte Einbürgerung	477
3.2.1	Allgemeine Voraussetzungen	477
3.2.2	Ehegatten und Ehegattinnen	477
3.2.4	Kinder	479
3.2.5	Personen der dritten Ausländergeneration.....	480
3.2.6	Verfahren	481
4	Verlust des Bürgerrechts	482
4.1	Verlust des Bürgerrechts von Gesetzes wegen	482
4.2	Verlust des Bürgerrechts durch Entlassung oder Entzug.....	482
5	Nichtigerklärung der Einbürgerung.....	483
5.1	Voraussetzungen	483
5.2	Hauptanwendungsfall der Nichtigerklärung.....	484
5.3	Verfahren	486
5.4	Folgen der Nichtigerklärung.....	486
6	Wiedereinbürgerung.....	488
6.1	Wiedereinbürgerung nach neuem BÜG.....	488
7	Rechtsschutz.....	489
7.1	Bei Entscheiden des Staatssekretariats für Migration.....	489
7.2	Bei kantonalen Entscheiden	489
XVII Ausblick		493
Stichwortverzeichnis		505